

Zeitschrift: Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin
Herausgeber: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung
Band: 23 (2011)
Heft: 91

Artikel: "Vom eigenen Erfolg überrumpelt"
Autor: Schipper, Ori / Tejel, Jordi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-553116>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



«Vom eigenen Erfolg überrumpelt»

Politische Umstürze stellen Nordafrika und den Nahen Osten auf den Kopf. Religiöse und ethnische Minderheiten spielen dabei eine kleinere Rolle als früher, sagt der Historiker Jordi Tejel.

Von Ori Schipper, Bild Christian Brun

Herr Tejel, Sie untersuchen Staatskrisen, die sich in den letzten 60 Jahren im Nahen Osten ereignet haben. Haben die Ereignisse des arabischen Frühlings Sie überrascht?

Ja und nein. Einerseits waren Umbrüche zu erwarten, weil viele Staaten im Nahen Osten und in Nordafrika mit schwierigen sozialen und ökonomischen Problemen zu kämpfen haben. Wo die Jugend ohne Arbeit und Perspektiven aufwächst, knallt es früher oder später. Andererseits jedoch wurden wir durch den Zeitpunkt und vor allem die Dynamik der Umstürze überrascht. In Tunesien

und Ägypten sind die Machthaber innerhalb weniger Wochen zurückgetreten, nachdem sie das Geschick ihrer Länder während Jahrzehnten autoritär bestimmt hatten und alle vorherigen Proteste erstickten konnten.

Wieso hat Tunesien den Anfang gemacht?

In Tunesien sind die Gewerkschaften viel angriffiger als in den anderen arabischen Ländern. Mit ihrer Hilfe erreichte die Massenbewegung gegen Ben Ali rasch eine kritische Grösse.

Und dann sprang der Funke auf die anderen Staaten über?

Ja. Allerdings gefällt mir der in diesem Zusammenhang oft verwendete Begriff «Ansteckung» nicht. Er erweckt den Eindruck, dass die Situation in den umliegenden Ländern so ähnlich war, dass sich der Umsturz wie ein Virus ausbreiten konnte. Doch erstens betrachte ich den Willen zur Freiheit, der sich im arabischen Frühling zu Wort gemeldet hat, nicht als Krankheit. Und zweitens unterscheiden sich die Revolten von Land zu Land, weil die jeweilige Vorgeschichte jeweils andere Bedingungen für den Aufstand geschaffen hat. Ein wichtiger Faktor ist auch die Reaktion der Machthaber. Im Unterschied etwa zu Hosni Mubarak in Ägypten hat Baschar al-Assad, der Staatschef von Syrien, von Anfang an klargemacht, dass er nicht zurücktreten werde, und damit eine andere Dynamik der Ereignisse geschaffen. In Syrien erhoben sich anfangs drei verschiedene oppositionelle Gruppierungen unabhängig voneinander gegen das Regime. Als sie merkten, dass sie so nicht weiterkamen, trafen sie sich, um die gemeinsamen Anliegen zu definieren. In Tunesien und Ägypten wurden die Protestierenden von ihrem eigenen Erfolg überrumpelt.

In Ihren Untersuchungen stehen ethnische und religiöse Minderheiten im Mittelpunkt. Welche Rolle spielten sie bei diesen Umstürzen?

Der arabische Frühling ging nicht von bestimmten Minderheiten aus, sondern wurde vom Gros der Bevölkerung getragen. Es gibt verschiedene Gründe dafür, dass sich die Minderheiten eher passiv verhalten haben. Die Kopten zum Beispiel, die in Ägypten eine christliche Minderheit bilden, zögerten, sich am Umsturz zu beteiligen, weil sie Angst hatten, dass nach den Revolten Islamisten die Macht übernehmen könnten – was ja immer noch möglich ist. In Syrien hingegen halten sich die Kurden zurück, obwohl

ihre politischen Parteien im Vergleich zu den oppositionellen Gruppierungen viel besser organisiert sind. Sie wollen den Protest nicht anführen. Sie befürchten, dass ihnen erneut vorgeworfen wird, dass sie die sakrosankte Einheit der Nation gefährden. Das ist ihnen schon 2004 passiert, als Armee und Polizei ihren Aufstand in wenigen Tagen niederschlugen.

Was meinen Sie mit «sakrosankter Einheit»?

Die meisten der heutigen Nationalstaaten im Nahen Osten entstanden, als das Osmanische Reich nach dem Ersten Weltkrieg auseinanderbrach. Im Vielvölkerstaat der Osmanen war der muslimische Glauben das verbindende Element. Deswegen kannten die Osmanen keine ethnischen, sondern nur religiöse Minderheiten. Die Kurden zum Beispiel betrachteten sich als Teil der muslimischen Mehrheit. In den neuen Staaten galt der Islam aber nicht mehr als identitätsstiftende Klammer der verschiedenen Nationen. Die Bürger hatten nun Türken oder Araber zu sein, auch wenn sie, wie beispielsweise die Kurden, einer Minderheit angehörten. Zudem verloren die Minderheiten im Zuge der Modernisierung und Zentralisierung der Macht in den neuen Staaten ihre weitgehende Autonomie, die ihnen im Osmanischen Reich noch zugestanden worden war.

Woher kam der Nationalismus der Staatsgründer?

Europa hatte einen grossen Einfluss auf die Unabhängigkeitsbewegungen im Nahen Osten. Einerseits versuchten die europäischen Kolonialmächte die Entstehung von eigenständigen Nationalstaaten

nach Kräften zu verhindern. Die Briten haben zum Beispiel bewusst einige ländlichen Clans den Rücken gestärkt, um die Bevölkerung zu spalten und eine Gegenmacht zu den nationalistischen Kräften in den Städten aufzubauen. Andererseits war die städtische Elite im Orient zu dieser Zeit stark westlich geprägt. Viele ihrer Repräsentanten hatten in Europa studiert und wollten ihr Land, das sie als rückständig empfanden, nach dem Vorbild Europas modernisieren.

Inwiefern unterscheiden sich die Unabhängigkeitsbestrebungen der Minderheiten im Nahen Osten von denen in Europa?

Grundsätzlich geht es da wie dort um das Gleiche, um das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Einige Politologen betonen, dass sowohl die Staatengesellschaft als auch die Machtinhaber im Nahen Osten illegitim und daher nur bedingt mit europäischen Ländern vergleichbar seien. Ihre Argumente überzeugen mich nicht.

«Mit der Modernisierung der neuen Staaten verloren die Minderheiten ihre Autonomie.»

Obwohl zum Beispiel die Grenzen zwischen dem Irak und Syrien von den Engländern und den Franzosen willkürlich gezogen wurden, ohne dass die Bevölkerung vor Ort zu Rate gezogen worden wäre, haben diese Grenzen in den Köpfen der Bewohnerinnen und Bewohner eine Bedeutung: Viele Iraker sind stolz auf ihr Land. Und die – zu Recht – als illegitim geltenden Staatschefs halten ihre Herrschaft nicht nur mit einem starken Repressionsapparat aufrecht, sondern können immer auch auf Teile der Bevölkerung zählen, die ihnen loyal gesinnt sind.

Viele Minderheiten-Parteien wie etwa die kurdische PKK oder die baskische ETA politisierten stark links. Wieso?

Nationalstaaten gewähren Minderheiten oft keinen Freiraum und unterdrücken deren Selbstständigkeit, um die nationale Einheit zu festigen. Im universellen Kommunismus, der die Arbeiter aller Länder

vereinigen wollte, fanden die Minderheiten eine grosszügigere Heimat. So versprachen sowohl die irakischen wie auch die syrischen Kommunisten den Kurden, ihre kulturellen Rechte anzuerkennen.

Wieso gelang es den Kurden nicht wie etwa den Irakern oder den Türken, einen eigenen Staat zu gründen?

Unter anderem, weil sie betrogen wurden. Während der so genannten Befreiung der Türkei verbündete sich Mustafa Kemal, der sich später Atatürk – Vater der Türken – nannte, mit zuvor unabhängigen und bewaffneten Kurdenstämmen. Er appellierte an den gemeinsamen Glauben und das enge, historisch gewachsene Band zwischen Türken und Kurden und sicherte letzteren Autonomie zu, wenn sie ihm im Kampf gegen die europäischen Siegermächte beistünden. Das ist schriftlich verbrieft. Doch als der Krieg vorbei war, war es auch mit der brüderlichen Verbundenheit vorbei, und Mustafa Kemal hob seine Zusage auf. Auch die Engländer versprachen den Kurden Unabhängigkeit im Irak und hielten sich später nicht daran.

Haben die Kurden eine historische Chance verpasst?

Ja. Denn jetzt, wo sie auf vier Staaten – Iran, Irak, Syrien und die Türkei – verteilt sind, dürfte es schwierig werden, alle von einer Abspaltung zu überzeugen. Und dessen sind auch die kulturellen Referenzen verschieden. Heute zum Beispiel fiebert ein Kurde in der Türkei für eine türkische Fussballmannschaft, ein Kurde aus Syrien für eine syrische. Auch die Dialekte haben sich auseinander entwickelt. Trotz den politischen Trennlinien besteht allerdings die Idee einer gemeinsamen kurdischen Identität weiter.

Wieso interessieren Sie sich für Minderheitenkonflikte?

Weil ihre Rolle bei der Entstehung und Entwicklung von Nationalstaaten noch weitgehend unerforscht ist. Vor 50 Jahren galt das Interesse der Historiker vor allem den Staaten und ihren Eliten. Erst später wandten sie sich der Gesellschaft und dem alltäglichen Widerstand zu. Außerdem bin ich als Katalane wahrscheinlich für Minderheitenkonflikte sensibilisiert. ■

Jordi Tejel

Jordi Tejel ist SNF-Förderungsprofessor. Er unterrichtet an der Abteilung für internationale Geschichte am Institut de hautes études internationales et du développement (IHEID) in Genf. In seinem Forschungsprojekt untersucht er die Wechselwirkungen zwischen ethnischen und religiösen Minderheiten und einerseits der Macht, andererseits anderen oppositionellen Strömungen im Nahen Osten.